

JUGEND- BETEILIGUNG ABER WIE?





[VORWORT]



Jugendbeteiligung – aber wie? Seit Juli 2020 geht der RDJ dieser Frage nach. Das Thema ist aus dem EU-Jugenddialog entsprungen: Jugendliche aus ganz Europa haben sich mit dem Thema in nationalen und europäischen Aktivitäten, wie Dialogaktivitäten, Fotowettbewerben oder Online-Veranstaltungen, auseinandergesetzt, sodass die Meinungen von über 17.000 Jugendlichen gesammelt werden konnten.

Der EU-Jugenddialog ist das beste Beispiel europäischer Jugendbeteiligung: Auf Grundlage der Meinungen von jungen Menschen werden Empfehlungen für die Jugendpolitik in Europa gesammelt. In den EU-Mitgliedsstaaten sorgen sog. nationale Arbeitsgruppen dafür, dass diese Empfehlungen auch in ihrem Land umgesetzt werden. Durch die belgische Staatsstruktur gibt es in Belgien eine Arbeitsgruppe pro Gemeinschaft, sodass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre eigene nationale Arbeitsgruppe hat. Diese wird vom Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) koordiniert und kümmert sich darum, dass die durch den EU-Jugenddialog entstandenen Empfehlungen in den ostbelgischen Kontext gesetzt und an relevante Entscheidungsträger*innen weitergeleitet werden.

Hiermit fasst der RDJ die europäischen Empfehlungen, die auf der qualitativen und quantitativen Konsultation des EU-Jugenddialogs basieren, für eine bessere Jugendbeteiligung in Ostbelgien zusammen. Es ist an der Zeit, die jungen Menschen anzuhören, ihnen die Möglichkeit zu geben, die Gesellschaft mitzugestalten und sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen – denn die Jugend ist unsere Zukunft.





Erster Schritt: GRUNDWISSEN ZUR POLITIK VERMITTELN

Die europäische und ostbelgische Konsultation bestätigen, dass sich junge Menschen unserer Zeit nicht informiert genug fühlen, um sich eine eigene konkrete Meinung zu politischen Themen bilden zu können. 67% der Teilnehmenden der europäischen Umfrage halten es für sehr wichtig, dass junge Menschen eine bessere politische Bildung in Schulen erhalten. Es braucht darum eine umfassende und neutrale politische Bildung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen, damit junge Ostbelgier*innen mit einem Grundverständnis für Politik ins Leben gehen können. Es gilt also zu beachten, dass niemand auf der Strecke bleibt, weil er/sie frühzeitig das Schulsystem verlassen hat. Zusätzlich sollte auch die politische Bildung im Bereich der non-formalen Bildung gefördert werden. Die Akteure der Jugendarbeit sollen die nötigen Werkzeuge an die Hand bekommen, um sich mehr mit politischen Themen auseinandersetzen zu können. Dadurch wird Kindern und Jugendlichen auf spielerische Weise und im lockeren Rahmen das kritische Denken nähergebracht und sie werden ermutigt, die Entscheidungen und Taten anderer zu hinterfragen sowie den offenen Umgang mit Diskussionen und verschiedenen Meinungen zu üben.

Politische Bildung muss dabei inklusiv gestaltet werden, d.h., diese muss auch für junge Menschen mit verschiedenen Merkmalen unabhängig von bspw. ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Behinderung zugänglich gemacht werden, sodass auch sie die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In der europäischen sowie ostbelgischen Konsultation ist der Wunsch geäußert worden, eine Online-Plattform zu erstellen, die wichtige Informationen und Zugänge zentralisiert und diese übersichtlich und in einfacher Sprache darstellt. In der Online-Umfrage bestätigen 48,74% der Befragten diesen Wunsch und fordern mehr Transparenz. 67,97% der befragten Jugendlichen geben zudem an, dass eine jugendfreundliche Webseite, die über die EU informiert und als Knotenpunkt zwischen Jugend und Politik dient, ein hilfreiches digitales Mittel für eine bessere Jugendbeteiligung wäre. Eine solche Plattform wäre auch interessant, um aufzuzeigen, wie inklusiv politische Maßnahmen sind: 84,57% der Befragten finden es wichtig, regelmäßig über Maßnahmen zu berichten, die die Beteiligung von jungen Menschen mit geringeren Chancen fördern.

Neben Informationen über die Funktionsweise einer Demokratie sowie über die politischen Ämter und deren Besetzungen sollte diese Plattform auch darauf aufmerksam machen, wie junge Menschen sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen können. Zusätzlich soll sogar eine direkte Online-Beteiligung ermöglicht werden. Solch eine Plattform wäre für Ostbelgien eine interessante Maßnahme, die im komplexen Zuständigkeiten-Dschungel nicht nur Jugendlichen Klarheit bringen würde.



Zweiter Schritt: MIT JUNGEN MENSCHEN IN KONTAKT TRETEN

Damit Jugendliche besser in Entscheidungsprozesse eingebunden werden können, müssen die Politiker*innen auf sie zugehen und sie dort abholen, wo sie stehen. Es braucht darum mehr Austausch von Entscheidungsträger*innen und Jugendlichen auf Augenhöhe, in einfacher Sprache und in lockerer Atmosphäre. Denkbar wäre in Ostbelgien, dies einerseits in der formalen Bildung anzusiedeln, beispielsweise durch Besuche von Politiker*innen verschiedener Parteien in Schulen oder Schulbesuche in politischen Einrichtungen. Andererseits sollte aber auch außerhalb des Unterrichts ein neues Angebot für die Bedürfnisse junger Menschen geschaffen werden, beispielsweise durch öffentliche Sprechstunden oder jugendfreundliche Veranstaltungen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf Jugendliche aus benachteiligten Lebenswelten gelegt werden: 61,37% der Teilnehmenden der europäischen Online-Umfrage halten es nämlich für eine sehr wichtige Maßnahme, dass politische Veranstaltungen für ALLE zugänglich sind.

Entscheidungsträger*innen sollten auch die sozialen Netzwerke nutzen, um mit Jugendlichen in Kontakt zu treten. Aus den Online-Austauschen des RDJ geht hervor, dass die Politik dort präsent sein sollte, wo die Jugendlichen sind. Auf diese Weise müssen junge Menschen keinen weiteren Schritt zu einer anderen, neuen Plattform machen. Junge Ostbelgier*innen wünschen sich, durch die sozialen Medien in einfacher Sprache über das politische Geschehen (wie politische Prozesse und Beschlüsse) informiert zu werden.

Neben einer zielgruppenorientierten Kommunikation gilt es auch, auf die Zugänglichkeit dieser Informationen zu achten: Alle jungen Menschen sollten die Möglichkeit haben, auf diese Informationen zurückgreifen zu können, sodass niemand ausgeschlossen wird. Dazu muss der Zugang zum Internet und zu digitalen Geräten für alle Jugendlichen in Ostbelgien sichergestellt werden. Zudem müssen Online-Informationen oder -Umfragen immer durch Offline-Maßnahmen begleitet werden.

Dritter Schritt: JUGENDLICHE STRUKTURELL EINBEZIEHEN

Viele Jugendliche fühlen sich von der Politik sehr häufig nicht einbezogen und dadurch auch nicht repräsentiert: 33,9% der Teilnehmenden der europäischen Online-Umfrage sagen, dass sie den Eindruck haben, gar keinen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu haben, 42,2% sehen diesen Einfluss nur in einem sehr geringen Maße. Die Möglichkeit, an die Politiker eigene Ideen heranzutragen, wurde von 29,6% der Befragten als nicht existent beantwortet, für 31% besteht sie nur in sehr geringem Maße.

Die Politik in Ostbelgien bietet zwar Möglichkeiten, die Jugend bspw. über Umfragen einzubeziehen, doch werden diese oftmals in komplexer Sprache verfasst oder benutzerunfreundlich verbreitet und beworben. Um konstruktive und wertvolle Meinungen von jungen Menschen einzuholen, braucht es darum strukturelle Konsultationen, die jugendfreundlich, online und offline sowie in verständlicher Sprache durchgeführt werden. Für solche Konsultationen muss auf einen ausreichend langen Beteiligungszeitraum geachtet werden, sodass eine Vielzahl von Meinungen gesammelt werden kann. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden der europäischen Online-Umfrage halten außerdem eine stärkere Rolle von Jugendeinrichtungen in Politik für eine sehr wichtige Maßnahme, um politische Entscheidungen beeinflussen zu können. Darum sollte auch die ostbelgische Politik Jugendeinrichtungen, insbesondere den Jugendrat, als Ansprechpartner wahrnehmen und mit ihnen in den Dialog treten, um die Jugend bei Entscheidungsfindungen miteinzubeziehen. Damit diese als Interessensvertretung der Jugendlichen fungieren können, müssen die Jugendeinrichtungen dementsprechend unterstützt werden, um über die nötigen zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu verfügen. Nach der Konsultation von Jugendlichen und den Akteuren der Jugendarbeit sollten Entscheidungsträger*innen auch aufzeigen, was mit ihren Meinungen passiert. Nur so können junge Ostbelgier*innen nachvollziehen, welchen Mehrwert eine aktive Beteiligung haben kann und warum sie wiederholt stattfinden sollte. Eine der europäischen Empfehlungen ist es darum auch, junge Menschen, die an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, ein konkretes Feedback zu geben und einen gemeinsamen Evaluationsprozess einzuführen.


Einige konkrete Ideen, um die Perspektive junger Menschen strukturell einzubeziehen, ist die Durchführung eines sog. Jugendchecks: Politische Beschlüsse werden vor der Verabschiedung einem Check unterzogen, der auflistet, in welcher Form die verschiedenen Maßnahmen das Leben von Jugendlichen nachhaltig beeinflussen würden. Eine weitere Idee ist die Entstehung eines Jugendparlaments, die ähnlich wie der aktuelle Bürgerdialog, Empfehlungen für die hiesige Politik ausarbeitet. In dem Zusammenhang ist auch der EU-Jugenddialog bereits ein existierendes Instrument, das aber aktuell nicht ausreichend von der Politik wahrgenommen wird. Auch die Entstehung von Jugendräten in den neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder das Einbeziehen von Schülerräten in politische Entscheidungen wäre ein möglicher Ansatz.



Vierter Schritt: **JUGEND ALS AKTEURE IN DER POLITIK WAHRNEHMEN**

Dass Jugendliche sich aktiv an der Politik beteiligen wollen, zeigt nicht zuletzt die „Fridays for Future“-Bewegung. Auch, wenn dadurch u.a. der „Green Deal“ der EU entstanden ist, haben viele junge Leute das Gefühl, dass sie keinen Einfluss in der Politik haben, da sie nicht direkt an dieser beteiligt sind. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Frage nach „Wählen ab 16“ aufgeworfen. Während auf nationaler Ebene in Belgien das Wahlalter für die Europawahl 2024 gesenkt werden soll, ist die Diskussion dazu in Ostbelgien noch nicht geführt worden. Da die EU für junge Menschen oftmals weit weg vom konkreten Alltag ist, wäre es interessant, über eine Senkung des Wahlalters für die Kommunal- und Gemeinschaftsebene in Ostbelgien nachzudenken. Vor allem die lokale Ebene stellt möglicherweise die am einfachsten zugängliche Ebene dar, denn dort sind die Auswirkungen von politischen Entscheidungen am greifbarsten. Darum sollte eine transparente und interaktive Diskussion zum Thema „Wählen ab 16“ zwischen Entscheidungsträger*innen und jungen Ostbelgier*innen angestoßen werden.

In der Politik stellen die Parteien bei der Gestaltung der Entscheidungsgremien die wichtigsten Gruppen dar. Darum sollte vor allem in politischen Parteien die Rolle der jungen Leute gestärkt werden, so zum Beispiel durch einen einfacheren Zugang, eine aktivere Unterstützung der Jungpartei und eine verpflichtende Anzahl junger Kandidaten auf den Listen. Parteien sollten jungen Menschen die Chance geben, Verantwortung zu übernehmen und ihre Erfahrungen zu sammeln, anstatt nur erfahrene Parteimitglieder an vorderster Stelle mitwirken zu lassen.



**” UND
WAS
DENKST
DU? ”**

Wie sollten
Jugendliche
in Ostbelgien
mehr mitreden,
mitgestalten und
mitmischen können?



**TEILE UNS DEINE
IDEEEN MIT!**

www.rdj.be/jugendbeteiligung

Mehr Informationen zum
EU-Jugenddialog in Ostbelgien:
www.jugenddialog.be
jugenddialog@rdj.be

RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND

BRAUEREIHOF 2 · B-4700 EUPEN · TEL.: +32 (0)87 56 09 79 · INFO@RDJ.BE

  @RDJ.OSTBELGIEN · WWW.RDJ.BE

UNTERNEHMENSNR.: 0843.303.152 · GERICHTSBEZIRK: EUPEN



Bibliographie:

- Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) – National working group (NWG). (2021). EU-Jugenddialog: Konsultationsphase zu "Jugendbeteiligung – aber wie?". www.jugenddialog.be
- Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ). (2021). „ne Soirée: Jugendbeteiligung - aber wie? [Audio-Podcast]. <https://open.spotify.com/show/55LF4MMvQwZmN2jMfA1oXf>
- Prof. dr. Deželan, T. (2021). 8th Cycle of the EU Youth Dialogue process: SPACE AND PARTICIPATION FOR ALL - Youth survey report - Under the Trio Presidency Germany-Portugal-Slovenia. Ljubljana. University of Ljubljana.
- Moxon, D. and Pantea, M. (2021). 8th Cycle of the EU Youth Dialogue: Qualitative Consultation Report - Youth for Europe, Europe for youth: space and participation for all. Lisbon. Instituto Português do Desporto e Juventude.

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ko-finanziert.

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Union oder European Education and Culture Executive Agency (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können für diese verantwortlich gemacht werden.



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens